
Buchbesprechungen

Tilman Fichter, Die SPD und die Nation, Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit, Ullstein Verlag, Berlin 1993, 319 S., 36-DM.

Wohl selten haben politische Akteure den kritischen Analytikern in den eigenen Reihen durch ihr Verhalten so recht gegeben, wie es Oskar Lafontaine geschafft hat. Er verordnete den Ostdeutschen Maßhalten und einen verlangsamten Anstieg ihrer Löhne und Renten und bestätigte damit im nachhinein Tilman Fichters Analyse der Brandtschen Enkelgeneration der Sozialdemokratie: Kalte Herzen - verfehlte Strategien.

Wie Fichter in seiner selbstkritischen Studie über SPD und Nation plastisch schildert, war die deutsch-deutsche Einheit auf dem Fahrplan der Mehrzahl der „Enkel“ nicht mehr vorgesehen. Sie hatten in den siebziger Jahren zunächst als Jugendvertreter, später als Funktionsträ-

ger der SPD bzw. der sozialliberalen Bundesregierung die Brandtsche Entspannungs- und Friedenspolitik in die Praxis umgesetzt. Dabei seien sie spätestens in den achtziger Jahren unter dem Einfluß von Egon Bahr zu einer anderen Gewichtung der Ostpolitik gelangt. In der zweiten Phase der Ostpolitik habe sich immer stärker das Primat der Sicherheitspolitik durchgesetzt, so daß in den Zirkeln der professionellen SPD-Deutschlandpolitiker, besonders der „Enkel“-Generation, der Wille zur Gleichgewichtigkeit in Europa stärker entwickelt war als der analytische Blick für die ökonomischen, sozialen und kulturellen Realitäten in den Warschauer-Pakt-Ländern. Folgerichtig habe die Massenbewegung in der DDR und die nationale Einigungs-Welle nach dem Fall der Mauer die SPD-Eliten überrascht.

Bis heute sei es der SPD nicht gelungen, sich von Volker Rühes Vorwurf Ende 1989 zu erholen, ihre in den siebziger Jahren gerechtfertigte Politik „Wandel durch Annäherung“ sei zu einer Politik des „Wandels durch Anbiederung“ degeneriert. Kohl habe sich ungestört zum Einheitskanzler, der den Menschen im Osten innerhalb von nur fünf Jahren blühende Landschaften versprach, aufschwingen können, weil die SPD deutschlandpolitisch praktisch nicht präsent gewesen sei.

In seinem Buch mahnt Fichter die überfällige Diskussion in der SPD um ihr Verhältnis zur Nation an. Er greift dabei zurück in die Geschichte der SPD und versucht, anhand des biographischen Generationsbegriffs besonders die Nachkriegsgeschichte zu beleuchten. Fichter unterteilt die westdeutsche Nachkriegs-SPD in eine Weimarer Rest-Elite (zu ihr zählt er z. B. Kurt Schumacher und Herbert Wehner), eine Kriegs- und KZ-Generation (beispielsweise Emigranten wie Brandt, den KZ-Überlebenden Erler und den Wehrmachtsoffizier Helmut Schmidt), die HJ- und Flakhelfergeneration und schließlich die „Enkel“-Generation.

Mit diesem Instrumentarium versucht Fichter ergänzend und z.T. auch quer zur herrschenden Nachkriegsgeschichtsschreibung den Wandel der SPD-Deutschland-

politik nach 1945 zu beleuchten. Ergänzt durch historische Exkurse zum deutschen Nationalbewußtsein und zur Auseinandersetzung der SPD mit der nationalen Frage spürt Fichters Untersuchung die Denkstrukturen der jeweiligen Generation auf, versucht, ihre prägenden Kollektiverlebnisse und Verdrängungsmechanismen in Sachen Patriotismus aufzuzeigen. Er legt damit bestimmte Brüche im Handeln der SPD-Eliten offen, ohne jedoch detaillierter die Veränderungsprozesse der Politik zu verfolgen. Doch dazu ist das Buch auch gar nicht geschrieben. Fichter, seit mehr als sechs Jahren Referent der SPD-Partei-schule, will seiner Partei eine strategische Diskussion über ihr gebrochenes Verhältnis zur Nation verordnen. Für ihn gehört dazu die selbstkritische Aufarbeitung der Bahrschen Ost- und Sicherheitspolitik. Wie Klaus Härtung (Die Zeit vom 10.9.93) zu Recht hervorhebt, rückt Fichter „Freiheit, Demokratie und Nation“ nach vorn; erst dann folgen bei ihm Wohlfahrtsstaat, Ökologie und Internationalismus.

Wohin führt eine Reaktivierung der nationalen Frage durch die SPD? Angesichts des offenen Rassismus, der sinnlosen Gewalt Jugendlicher, die bereits mehr und mehr in den Nächten die Straßen deutscher Großstädte beherrscht und sich aus wachsender Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Stammtischideologie speist, wirkt die Thematisierung des Zusammenhangs von Nation und Demokratie durch die SPD als hilfloser Nachklapp.

Fichter hat sein Buch seinen jungen sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen gewidmet, die kein Verhältnis mehr zu den Begriffen Nation und Deutschland haben. Mit sprachlich verständlich geschriebenem Text, einem informativen Dokumentationsteil erfüllt das nahezu thesenartig verfaßte Buch in vielen Punkten diesen Anspruch. Doch in Zeiten von Arbeitslosigkeit und sozialer Demontage die nationale Frage zu thematisieren, ist riskant. Man bewegt sich auf dünnem Eis. Entwicklung von demokratischem Nationalbewußtsein ohne soziale Basis ist ein schier hoffnungsloses Unterfangen angesichts der in beiden Teilen Deutschlands nur mangelhaft verarbeiteten nationalsozialistischen Vergangen-

heit. Offensichtlich ist bereits jetzt vielen jungen Menschen der soziale Charakter unserer Demokratie verlorengegangen, gerade in den neuen Bundesländern.

Für immer mehr Arbeitnehmer/-innen, Arbeitslose, RentnerInnen, kurz die sogenannten kleinen Leute, empfiehlt sich die SPD immer weniger als politische Alternative. Es entsteht ein Vakuum durch Parteiverdrossenheit, Orientierungslosigkeit und Hilflosigkeit, aus denen sich angesichts zunehmender Arbeitslosigkeit und sozialer Entwurzelung ein gefährliches nationalistisches Gebräu entwickeln kann: der Ruf nach dem starken Mann. Die gegenwärtige Regierungspolitik erinnert mit ihrem Sozialkahlschlag, ihrer einseitigen Steuerpolitik zugunsten der Unternehmer und ihrer Privatisierungspolitik fatal an die Brüning'sche Politik Ende der Weimarer Republik. Dieser Politik kann man nicht mit einer professionelleren Modernisierungsstrategie im Interesse der Unternehmerschaft begegnen, schon gar nicht mit sozialen Spaltungskonzepten à la Lafontaine.

In den Mittelpunkt der von Fichter geforderten illusionslosen neuen Strategiediskussion der SPD muß die offensive Verteidigung des Sozialstaates und der Tarifautonomie sowie eine möglichst rasche Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in West und Ost rücken. Gerade angesichts des hohen Produktivitätsstandards der westdeutschen Industrie ist es erstaunlich, daß sich die SPD von Unternehmern und Regierung eine „Standortdebatte Deutschland“ aufzwingen läßt, obwohl der Faktor Lohnkosten in vielen Bereichen der Großindustrie nur noch zweit- oder dritrangige Bedeutung hat, die zahlungsfähige Nachfrage in Deutschland aber für ganze Wirtschaftsbranchen existenznotwendig ist.

Angesichts der geringen Mitgliederzahlen in den neuen Ländern sollte die SPD prüfen, wie weit sie sich bereits von klassischen Arbeitnehmerpositionen entfernt hat. Ein „nationaler Beschäftigungspakt gegen Rezession und Massenarbeitslosigkeit“ - wie im SPD-Leitantrag für den Parteitag 1993 gefordert - läßt sich nicht mit Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung herstellen. Nach Maastricht ist zu-

gleich der Kampf um Erhaltung des Sozialstaates auch nicht ohne die Durchsetzung sozialer Standards in den europäischen Nachbarländern möglich. Nicht die nationale, die soziale Frage steht auf der Tagesordnung!

Hans-Holger Paul,
Bonn

Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD: Klassenpartei - Volkspartei - Quotenpartei, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992, 434 S., 48,- DM.

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl, am Vorabend des SuperWahljahres 1994 befindet sich die SPD noch immer nicht „in bester Verfassung“. Kann da nicht Hilfe von ihren intellektuell-wissenschaftlichen Ratgebern kommen? Das jüngste Buch der sozialdemokratischen Historiker Peter Lösche und Franz Walter, die aber ausdrücklich keine „Hausgeschichtsschreibung“ betreiben wollen, enthält nicht nur eine Fülle von Fakten, sondern auch fundierte Analysen und Begriffe, die zu einem besseren Verstehen ihrer Geschichte beitragen und zum Nachdenken über die Zukunftsperspektiven der SPD anregen können. Anschaulich analysieren die Autoren die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und die Schwierigkeiten des Wandlungsprozesses, der die SPD von der weltanschaulich und sozial fast homogenen Klassenpartei zur geistig und sozial pluralistischen Volkspartei führte. Mit umfangreichem Zahlenmaterial zur Veränderung der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und Funktionäre, aber auch mit zahlreichen Beispielen für kontroverse Diskussionsprozesse, schildern sie den Wandel der SPD von der „Solidargemeinschaft“ (Weimarer Republik) und „Traditionskompanie“ (in den fünfziger Jahren) zur heutigen, von den Autoren als „lose verkoppelte Anarchie“ charakterisierten Volkspartei.

Die Ursache der wachsenden „Fragmentierung“ der Partei sehen die beiden Historiker allerdings nicht nur in der Öffnung der SPD für neue soziale und weltanschauliche Gruppen, sowie in Richtungs-

kämpfen und Flügelbildungen, sondern auch in der Sonderrolle von Arbeitsgemeinschaften, vor allem der Jungsozialisten und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Darüber hinaus wird der Charakter der SPD als Volkspartei seit Ende der sechziger Jahre durch das wachsende Übergewicht des öffentlichen Dienstes, vor allem bei Funktionären und Mandatsträgern, beeinträchtigt.

Peter Lösche und Franz Walter bieten in ihrem Buch über die SPD auch Wertungen, Schlußfolgerungen, Ratschläge. Uningeschränkt zuzustimmen ist ihrer Schlußfolgerung, daß der Wandel von der Klassenpartei zur Volkspartei notwendig war und unumkehrbar ist. Ihr Kriterium für den Unterschied zwischen Klassenpartei und Volkspartei ist aber zu simpel: „Bei der Volkspartei hegt das Primat ihrer Tätigkeit kurzfristig in der Maximierung von Stimmen, nicht langfristig bei der geistigen Gewinnung der Wähler“ (S. 3). Denn aus dieser simplen Alternative Macht oder Geist ergibt sich eine Theoriefeindlichkeit, die sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch zieht.

Nicht unzulängliche oder fragwürdige Inhalte und Ergebnisse, sondern theoretisch-programmatische Bemühungen überhaupt werden von den Autoren als unsinnige Aktivität in einer Volkspartei verächtlich gemacht. Sogar die geistige Vorbereitung der Godesberger Wende wird nur negativ bewertet, auf den „Kulturpolitischen Konferenzen“ habe schließlich nur „die Kleingruppe der sozialdemokratischen Intellektuellen“ über die Fortentwicklung der sozialistischen Theorie gegebelt (S. 110).

Noch unnachsichtiger wird die „Grundwertekommission“ der SPD „gewürdigt“, „die eigens zu fortwährender Interpretation gesellschaftlicher Prozesse vom Standpunkt eines festen Wertekanons aus eingesetzt wurde und mit zweifellos beeindruckendem Fleiß unaufhörlich Thesen, Memoranden und Denkschriften aller Art produziert“ (S. 125). Themen und Inhalte der „Denkschriften“ dieser „ständigen Glaubenskongregation“ sind den Autoren aber nicht erwähnenswert, weil „die sozialdemokratischen Bibelausleger nicht einmal in der eigenen Partei nennenswerte

Beachtung fanden“ (S. 125). Und über Erhard Eppler, der einen entscheidenden Beitrag zur theoretisch-programmatischen Erneuerung der SPD geleistet hat, erfährt der Leser nur, daß es sich bei ihm um einen „chronischen Wahlverlierer“ handelt (S. 97).

Die von Lösche/Walter diagnostizierte „Fragmentierung“ der SPD, ihre „lose verkoppelte Anarchie“ ist nicht nur fruchtbare Vielfalt, sondern beeinträchtigt ernsthaft, wie in jüngster Vergangenheit besonders deutlich wurde, eine überzeugende Selbstdarstellung der Partei: „Ein klares und eindeutiges Profil ist nicht zu entdecken“ (S. 379), „eine präzise Zielsetzung (...) existiert nicht“, „es bestehen voneinander abweichende Ziele“ (S. 197). Wenn nicht nur organisatorisch-personell, sondern auch inhaltlich-programmatisch „Fragmentierung“, und „Anarchie“ festzustellen sind, drängt sich die Frage auf: *was*, nicht nur *wer*, die „Fragmente“ verbinden, die „Anarchie“ wenigstens „lose verkoppeln“ kann? Eine Antwort wird von den Autoren zwar mit dem Hinweis angedeutet, daß diese Fragmentierung nicht ausschließt, daß „eine symbolische Zwecksetzung existieren mag, die alle Mitglieder und Organisationsteile integriert, im Fall der SPD der „demokratische Sozialismus“ (S. 198), doch die Leser erfahren auch nicht andeutungsweise, was „demokratischer Sozialismus“, dieser entscheidende Leitbegriff des theoretisch-programmatischen Selbstverständnisses der SPD, bedeutet. Aber Sie lernen — ganz im Sinne des Zeitgeistes —, daß Sozialismus etwas Elendes, Furchtbares und Scheußliches ist, was der SPD nur geschadet hat, was sie endlich endgültig ausmerzen muß: „Von der elenden Utopie der sozialistischen Gesellschaft sollte sie sich endlich trennen. Das Banner des Demokratischen Sozialismus (...) weiterhin hochzuhalten, ist nichts weiter als ein kruder sentimentaler Konservatismus“, der die Menschen „lediglich abschreckt und fernhält“ (S. 385).

Die Theorie- und Sozialismusfindlichkeit führt auch zu einer, gewiß ungewollten, Verdrehung der historischen Tatsachen, wenn die Wahlerfolge der SPD darauf zurückgeführt werden, daß der „Sozialismusbegriff (...) in den sechziger Jah-

ren zum Wohl und Erfolg der Partei aus der Rhetorik der Sozialdemokratie verbannt war" (S. 94). Denn als die SPD 1972 ihren bislang größten Wahlsieg erkämpfte, war der Begriff „demokratischer Sozialismus" sogar im Wahlkampfprogramm der SPD enthalten und nicht nur Schlagwort der CDU/CSU gegen die SPD.

Wenn sich die Sozialdemokraten durch dieses Buch nicht zum Widerspruch herausgefordert fühlen, sondern das darin enthaltene interpretierende Bild der SPD, ihrer Geschichte und ihrer Rolle in unserer Gesellschaft übernehmen, dann gibt es die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr als eigenständige geistigpolitische Kraft neben Konservatismus und Liberalismus. Dann ist der Totenschein, der der SPD in ihrer eigenen Theoriezeitschrift „Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" zu ihrem 130. Geburtstag im Mai 1993 ausgestellt wurde, unanfechtbar.

Doch in der Vergangenheit hat die SPD gut daran getan, den Rat der revolutionären Intellektuellen, den Kapitalismus zu stürzen und dem Sozialismus zur realen Existenz zu verhelfen, nicht zu befolgen. Ebenso gut tut sie jetzt daran, auch den Ratschlag des Zeit-„Geistes", die Idee des Demokratischen Sozialismus aufzugeben, nicht zu folgen.

Horst Heimann,
Freudenberg

Ulrich Schöler, „Despotischer Sozialismus" oder „Staatsklaverei"? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs, (1917 - 1929), 2 Teile, Lit-Verlag, Hamburg/Münster 1991, 1046 S., 168 DM.

Mit dieser umfangreichen mehr als tausend Seiten umfassenden Studie, einer Bremer politikwissenschaftlichen Dissertation, ist dem Verfasser eine informative und detaillierte Darstellung der Diskussion in der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie im behandelten Zeitraum gelungen. Sie setzt gewissermaßen die verdienstvolle Arbeit Peter Lö-

sches von 1967 über den Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie zwischen 1903 und 1920 fort und füllt so eine Forschungslücke, die trotz mancher Publikationen zu Einzelfragen bis jetzt als gravierend empfunden wurde. Ein besonderes Verdienst Schölers ist der nachdrückliche Hinweis auf die Rolle der emigrierten Menschewiki in dieser Diskussion. Er sagt zu Recht, daß spätestens seit 1922 jede innersozialdemokratische Debatte über Sowjetrußland sowohl in Deutschland als auch in Österreich unter maßgeblicher Beteiligung menschewistischer Sozialisten stattfand (S. 18 f.). Folgerichtig nehmen Personen wie Theodor Dan, Julius Martow, Paul Axelrod, Aron Jugow und Raphael Abramowitsch einen angemessenen Raum in der Untersuchung ein.

Gerade weil die exilierten russischen Sozialdemokraten von besonderer Wichtigkeit für die Thematik sind, ist es nur sehr schwer nachzuvollziehen, daß Schöler auch hier wie generell in der Arbeit ausdrücklich auf eine „Einbeziehung von nichtveröffentlichten Archivalien völlig verzichtet" (S. 13). Der Hinweis, daß alle wesentlichen Archivalien der SDAPR in den USA lagern, kann in diesem Zusammenhang nicht überzeugen. Der Axelrod-Nachlaß, das SAI-Archiv und vor allem der Kautsky-Nachlaß mit den vielen Briefen der menschewistischen Emigranten an den verehrten Meister „Karl Iwanowitsch" hegen in Amsterdam, und auch in Wiener Archiven hätte der Autor manch schönen Fund machen können.

Schöler arbeitet in seiner Studie heraus, daß es seit Mitte der zwanziger Jahre im wesentlichen vier Positionen gab, die sich an „Leitfiguren" festmachen lassen: Kautsky („schmutztriefendes Blutregime"), Theodor Dan (Staatskapitalismus, aber noch nicht gegenrevolutionär), Otto Bauer (unverhohlene Sympathie für eine Übergangsgesellschaft) und Paul Levi (Kritik von links).

Im Oktober 1989 wurde das Manuskript abgeschlossen, und der Autor hatte Michael Gorbatschow und den Versuch der Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft auf der Basis eines fundamental demokratisierten Sozialismus vor Augen.

Die Positionen Otto Brauers und der im „Zentrum“ argumentierenden Menschewiki schienen sich als die, welche die Geschichte gerechtfertigt hat, zu erweisen: „Demokratisierungsmöglichkeit dieses Systems von innen heraus“ (S. 65). Aber die Zeiten sind schnelllebig wie selten, und so bleibt eine wichtige historische Studie, die keiner Rechtfertigung durch irgendwelche konkret-aktuellen Bezüge bedarf. P.S.: Bei der Vielzahl der Akteure und bei über 1000 Seiten wäre die Erstellung eines Personenregisters gewiß nicht abwegig gewesen.

Hanjo Steinberg,
Bremen

Joschka Fischer, Die Linke nach dem Sozialismus. Hoffmann und Campe, Hamburg 1992, 256 S., 35- DM.

Der überraschende, lautlose Zusammenbruch des Kommunismus hat auch die demokratische Linke im Westen in eine tiefe Orientierungskrise gestürzt. Wie reagiert sie auf die historische Zäsur, die das Ende des Ost-West-Konflikts bedeutet? Heißt es für die Linke nach dem jämmerlichen Scheitern der großen Systemalternative zum Kapitalismus endgültig Abschied nehmen von den eigenen sozialistischen Traditionen? Sind *links* und *rechts* angesichts der vielfach als wohlthuend empfundenen „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas) überhaupt noch tragfähige ideologische Etikettierungen? Es ist die auf solche Fragen zugespitzte Suche nach einer Zukunftsperspektive für die Linke, die dem grünen Realpolitiker Joschka Fischer keine Ruhe läßt.

Fischer betrachtet den überall auftrumpfenden neuen Nationalismus als die größte Herausforderung für Europa an der Jahrtausendwende. Nicht zuletzt aus diesem Grunde setzt er ganz entschieden auf die Vertiefung und Erweiterung der europäischen Einigung. Angesichts der Wiedergeburt eines militanten Nationalismus beschäftigt sich Fischer zunächst mit der „Ordnung von Jalta“ (S. 23) und mit den Gründen für das plötzliche, von niemandem vorhergesehene Ende des Kalten Krieges. Im Schatten der *pax atomica* habe sich die machtpolitische Alternative

auf „gemeinsamen Selbstmord“ oder Kooperation und Interessenausgleich“ (S. 40) verengt. Jenseits der Hiroshima-Schwelle konnte sich der Epochenriß nicht mehr als gewaltsame Entladung vollziehen. Daß die Sowjetunion gleichsam in sich zusammensackte und abstarb, hätten wir im wesentlichen der atomaren Zwangsjacke zu verdanken, die die Androhung und Anwendung von Gewalt zwischen den Blöcken bändigte.

In einem langen Kapitel spürt der Autor den objektiven gesellschaftlichen Strukturen nach, die das sozialistische Experiment in der Sowjetunion von Anfang an auf den abschüssigen Weg der terroristischen Parteidiktatur führten. Fischer wendet sich dabei entschieden gegen die windigen Selbstrechtfertigungsrituale so mancher Altlinker gegenüber dem realen Sozialismus. Die stalinistischen Folgen der Russischen Revolution wertet er ohne jeden Anflug von linker Faszination als „Rückfall in die Finsternis der allrussischen Despotie und eine jahrzehntelange Abkehr von der Moderne“ (S. 57). Für Fischer steht fest, daß Lenin und die Bolschewiki zu Demokratie, Verfassung und Grundrechten lediglich ein instrumentelles Verhältnis hatten. Die Anwendung der aus Europa importierten Marxschen Verheißungen auf die industriell rückständige russische Agrargesellschaft mußte zwangsläufig in einem totalen Systembankrott enden.

War nun diese „größte Pleite der Geschichte der Neuzeit“ (S. 78) bloß eine grausame Abweichung von der gutgemeinten und im Kern weiter gültigen marxistischen Theorie? Oder hat die Linke endlich zu begreifen, daß die Marxsche Befreiungstheologie selbst den Keim der totalitären Verirrung in sich trug? An diesem Punkt ist Fischers Argumentation verblüffend radikal und kompromißlos: Die Linke nach dem Sozialismus wird von ihrem ideologischen Selbstverständnis her eine Linke ohne Marxismus sein müssen. „Utopieverfallenheit“ und „Etatismus“ seien die beiden „Grundmythen“ der Linken, die sie immer wieder an der Realität komplexer Gesellschaften hätten scheitern lassen (S. 114). Der Glaube an die Transformierbarkeit ganzer Gesellschaften und Geschichtsepochen und der

Vorrang des staatlichen Herrschaftsanspruches vor ökonomischer und gesellschaftlicher Selbstregulierung bergen notwendigerweise die Gefahr von Menschenverachtung, Unterdrückung und Terror in sich, da sie die Möglichkeiten von Politik schlichtweg überforderten.

In der schonungslosen Abrechnung mit dem „Umschuldslämmerutopismus“ (S. 127) der Linken und dem idealistischen, ja religiösen Charakter des marxistischen Heilsversprechens erreicht die Streitschrift zweifelsohne ihren Höhepunkt. Freilich nicht weil Fischer mit besonders originellen Akzenten in seiner Kritik des Marxismus aufwartet, es ist vielmehr schlicht die Tatsache, daß hier eine Symbolfigur der undogmatischen, alternativen Linken gleichsam den Revisionismusstreit nachholt und ideologisch in den von der europäischen Sozialdemokratie repräsentierten *mainstream* der Linken einschwenkt. Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit seien unverzichtbare Verfahrensbestandteile jeder linken Reformpolitik. Diese Lektion gilt es nach Fischer ohne jedes revolutionäre Wenn und Aber zu lernen.

Lautet das neue philosophische Credo der Linken nach dem Sozialismus also „Marx ist tot, es lebe Kant!“? Der Autor sieht die nachsozialistische Linke in der Tat auf ihren Ausgangspunkt zurückgeworfen, „nämlich auf das Projekt der Aufklärung, d. h. auf die Gestaltung der Welt nach den Regeln der Vernunft“ (S. 173). Ihre wichtigste Aufgabe liege darin, sich zur konkreten Verantwortungsübernahme des Menschen für die Welt zu bekennen, und zwar „weder nach den Regeln eines abgründigen Utopismus noch eines reaktionären Fundamentalismus,

sondern entsprechend den Regeln einer *selbsterhaltenden Vernunft*“ (S. 212).

Fischer hat eine lesenswerte Standortbestimmung für die Linke vorgelegt, die gerade durch ihre vielen ketzerischen Denkanstöße besticht. Ohne Tabus und nicht ohne Selbstironie werden alte unke Selbstgewißheiten hinweggefegt. Doch die Frage, was vom Sozialismus bleibt und wie eine linke Politik der selbsterhaltenden Vernunft aussehen müßte, wird nicht weiter verfolgt. Wer sich konkrete Handlungsempfehlungen für einzelne Politikfelder versprochen hat, wird von Fischers Buch enttäuscht. Es leidet unter zu viel rückwärts gewandter Nabelschau. Zwar mag sich Fischer, wie Norbert Kostede in der Zeit bemerkte, in die „Spitzengruppe der Politiker-Intellektuellen“ vorgeschrieben haben. Dennoch ist sein Werk über weite Strecken leider ein reines Zitatbuch. Offensichtlich wurde auch Fischer von der Manie bücherschreibender Politiker gepackt, ständig ihre eigene Belesenheit unter Beweis stellen zu müssen.

Kann demokratischer Sozialismus unter heutigen gesellschaftlichen Bedingungen noch mehr bedeuten als sozial gepolsterter und ökologisch aufgeklärter Liberalismus? Antworten auf diese heikle Frage liegen nach dem Ende des Kommunismus weniger denn je auf der Hand. Aber als Ansporn für ein unverwechselbares Profil einer Linken, die fest dem Verfassungs-, Rechts- und Sozialstaat westlichen Musters verpflichtet bleibt, hat sie sich auch nach Fischers ernstzunehmendem und ernüchterndem Aufruf zum Utopieverzicht keineswegs erledigt.

Martin Mandler,
Stuttgart